

Rede
von Herrn Oberbürgermeister Klaus Wehling
anlässlich
der Veranstaltung
„Sondersitzung des Rates zur Haushaltsverfügung“
Freitag, den 19. September 2008, 12:00 Uhr
Rathaus - Ratssaal
Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Bürgerinnen und Bürger im und außerhalb des Ratssaals

meine Damen und Herren.

Wir stehen am Scheideweg!

Die Fragen heißen:

Konsens oder Konfrontation?

Miteinander oder gegeneinander?

Gibt es eine gedeihliche Zukunft für Oberhausen ja oder nein?

Das sind keine rhetorischen Floskelfragen. Das sind Fragen, die massiv an den Grundfesten unserer lebens- und liebenswerten Oberhausener Stadtgesellschaft rütteln.

Vor vier Tagen hat mich, hat uns, hat in letzter Konsequenz alle Oberhausenerinnen und Oberhausener eine dramatische Haushaltsverfügung aus dem Regierungspräsidium in Düsseldorf erreicht.

Entgegen den Verabredungen soll in nur sechs Wochen eine komplett neuer HSK Prozess durchgeführt werden, der bis 2011 weit über 100 Mio. € einspart.

Eine Haushaltsverfügung, die, wenn sie so umgesetzt werden müsste, unserem Oberhausen, den Bürgerinnen und Bürgern unseren Kindern die Zukunft abschneidet.

Oberhausen hat immense Schulden. Die wollen wir bekämpfen.
Oberhausen muss sparen. Wir wollen sparen! Wir sparen schon
Wir werden weiter sparen.

Aber: Unsere Schulden haben Gründe:

Gründe, deren Ursprung im Strukturwandel liegen. Wir waren in einer Weise vom Untergang der Montanindustrie betroffen, wie kaum eine andere Kommune der Region. Wir haben 50.000 Arbeitsplätze verloren - fast jeden zweiten.

Firmen sind Pleite gegangen oder abgewandert. Das hat einerseits zu riesigen Steuerausfällen geführt, andererseits die Sozialausgaben dramatisch steigen lassen - seit Jahrzehnten und über Jahrzehnte.

Darüber hinaus sind uns von Bund und Land immer neue Aufgaben übertragen worden, allerdings ohne zusätzliche Mittel.

Dazu noch der Fond Deutsche Einheit. In den hat Oberhausen bis heute mehr als 200 Millionen Euro eingezahlt. Jeder dieser Euros musste und muss weiter kreditfinanziert werden.

Jedes Jahr 20 Mio. € neue Schulden. Das sind bis 2019 weiter 220 Mio. € Damit Oberhausen aber als Stadt überhaupt lebensfähig bleibt und hier nicht die Lichter ausgehen, deshalb haben wir immer in die Zukunft in Menschen und in Infrastruktur investiert. Diese Ausgaben haben sich gelohnt.

In den Stadtteilen, bei der Bildung und bei der Wirtschaftförderung um nur drei zu nennen. Das sind die wesentlichen Gründe für unseren Schuldenstand, aber längst nicht alle.

Seit fast einem Jahr betreiben wir nun aktiv und zielorientiert den aktuellen HSK – Prozess. Weil er so wichtig und existenziell für die Stadt ist, deshalb haben wir dies in einem nie dagewesenen breiten Verfahren getan.

In drei gut besuchten Bürgerversammlungen habe ich die Lage geschildert und die Wünsche und Sorgen der Oberhausenerinnen und Oberhausener erfahren.

In zahllosen Beratungen in der Verwaltung und in den Ratsgremien haben wir Argumente gesammelt und verantwortungsbewusst abgewogen. Dabei gab es schwierige und kontroverse Verhandlungen.

Der Haushaltsentwurf 2008 wies einen Fehlbetrag von 140 Mio. € aus.
95 Mio. € entfallen auf den Schuldendienst.

Als Einsparziel waren 45 Mio. € mit der Kommunalaufsicht vereinbart.

Schließlich hat der Rat am 23. Juni über 200 Sparpunkte entschieden.
Insgesamt werden 50,7 Millionen Euro ab 2012 Jahr für Jahr durch diese Maßnahmen eingespart – über fünf Mio. mehr als vereinbart.
Also deutlich mehr als 45 Mio.

Das führt zu tiefen Einschnitten für die Bürgerinnen und Bürger. Das führt zu geringeren kommunalen Leistungen. Das wird spürbar und es wird weh tun.
Zu diesem strikten Sparkurs gibt es für Rat und Verwaltung der Stadt keine Alternative. Die Faktenlage und die Einsicht dieses Rates sprechen eine eindeutige Sprache.

Das Verfahren der Haushaltskonsolidierung ist stets mit der Kommunalaufsicht abgestimmt worden.

Bernd Elsemann unser Kämmerer und ich allein haben einzelne Schritte und Vorgehensweisen des HSK mit der Bezirksregierung und dem Innenministerium abgesprochen und fest vereinbart.

Wir haben uns mit Punkt und Komma daran gehalten.

Mit der Haushaltsverfügung von Montag scheint das alles Makulatur zu sein.
Die Forderungen zu weiteren drastischen Einsparungen 157 Mio. € bis zum 31. Oktober 2008 dazustellen ist eine Katastrophe für Oberhausen.
Die Gemeindeprüfungsanstalt und die Beratungsgesellschaft BPG haben übereinstimmend festgestellt, dass eine Sanierung des städtischen Haushaltes aus eigener Kraft nicht möglich ist.

Beide Gesellschaften haben im Rahmen des HSK die Finanzen bei den Gesellschaften und der Kernverwaltung geprüft und Vorschläge erarbeitet, die in die genannte Ratsentscheidung vom 23. Juni eingeflossen sind.

Die Vorschläge der Kommunalaufsicht wie massive Steuer- und Gebührenerhöhungen sind unrealistisch oder rechtlich bedenklich.

Es käme zu Massenentlassungen in der Verwaltung.

Es käme zu erheblichen Einschränkungen im städtischen Dienstleistungsangebot, und die würden auch noch erheblich teurer.

Als Folge der massiven Erhöhung der Gewerbesteuer ist mit Firmenabwanderungen und hohen Arbeitsplatzverlusten zu rechnen.

Nicht wenige Bürger werden unserer Stadt den Rücken kehren.

Auch der Städtetag beschäftigt sich eingehend mit der HSK Problematik.

Er sieht mit großer Sorge die außerordentlichen Finanzprobleme einiger NRW – Städte. Nach seiner Meinung bedarf es eines einvernehmlichen Weges mit der Landesregierung, wie mit den Problemen umgegangen werden muss.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir in Oberhausen 2008 ein negatives Eigenkapital ausweisen werden. Diese Entwicklung wird aber auch in den nächsten Jahren andere Ruhrgebietsstädte ereilen.

Wie sehr diese Problematik dem Städtetag NRW auf den Nägeln brennt unterstreicht auch die Tatsache, dass das Thema negatives Eigenkapital und Haushaltsnotlagen auf der Tagesordnung des Vorstandes stehen und im nächsten Finanzausschuss NRW behandelt werden.

Auch dort ist es unstrittig, dass, wenn wir uns bewegen, was wir wollen, sich die Kommunalaufsicht ebenso bewegen muss.

Die Haushaltsverfügung beanstandet:

Oberhausen lebt auf Kosten nachfolgender Generationen. Das ist falsch!

Ich sage: Oberhausen soll nun auf Kosten nachfolgender Generationen sparen! Das dürfen wir nicht tun! Das wäre unverantwortlich!

Ich nenne ihnen ein nachprüfbares und stichhaltiges Argument, dass wir auch in der Vergangenheit sinnvoll in die Zukunft unserer Stadt investiert haben.

Seit wenigen Wochen ist bekannt, dass wir zum 3. Mal in Folge ein Rekordergebnis bei der Gewerbesteuer erzielen werden.

Das wäre ohne kontinuierliche Investitionen in der Vergangenheit nicht möglich gewesen. Aufschwung hin oder her.

Der Kämmerer und ich kommen gerade aus Düsseldorf, wo wir mit der Kommunalaufsicht über die Haushaltsverfügung intensiv verhandelt haben.

Die Ergebnisse sind wenig ermutigend. Ich nenne nur die Eckpunkt:

Der Innenminister bestätigt die Haushaltsverfügung vom Montag.

Er und die Bezirksregierung halten die Inhalte der Verfügung Neues HSK mit dem Einsparvolumen in der dargestellten Höhe und die Frist 31.10.2008 für erreichbar.

Da sind wir und die Kommunalaufsicht ganz unterschiedlicher Auffassung.

Gegebenfalls müssten die Standpunkte rechtlich geklärt werden.

In dem Gespräch habe ich bekräftigt, dass es mit mir keine betriebsbedingten Kündigungen in der Verwaltung und keine gravierenden Steuererhöhungen geben wird.

Die Haushaltsverfügung darf so keinen Bestand haben.

Wir brauchen realistische Zielvorgaben für die Sparpotentiale.

Wir brauchen eine verlässliche Zeitschiene.

Wir brauchen einen ergänzenden Sanierungsplan unter entschiedener Mitverantwortung und Mitarbeit des Landes.

Glück auf!